

### **Beratungsfolge**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>	<b>Status</b>	<b>Zuständigkeit</b>
Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr	10.07.2025	Ö	Entscheidung

<b>Freigabedatum:</b> 26.06.2025	<b>Gestellt von:</b> Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
----------------------------------	---

## **Opt-Out-Regelung bei der Bezahlkarte für Geflüchtete**

### **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

#### **Beschlussvorschlag**

Der Rat beschließt, von der Opt-Out-Regelung des § 4 Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW Gebrauch zu machen und die Leistungen nach dem AsylbLG im Regelfall nicht in Form der Bezahlkarte zu erbringen.

#### **Sachverhalt**

Die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete bringt aus Sicht des Rates keine Vorteile gegenüber der aktuellen Praxis der Stadt Mülheim an der Ruhr, jedoch viele Nachteile für die Nutzenenden und die Verwaltung. Daher spricht sich der Rat der Stadt nachdrücklich dafür aus, die Einführung einer solchen Bezahlkarte in Mülheim an der Ruhr abzulehnen. Im Gegensatz zu den postulierten Zielen von Bund und Land, ist aus fachlicher Sicht für die Verwaltung mit einem Mehraufwand und einer Effizienzminderung zu rechnen. Die erhoffte Vereinfachung bringt die Bezahlkarte nicht. Die Einführung wäre für die Kommune mit einem Stellenmehrbedarf und einem deutlichen finanziellen Mehraufwand verbunden, was weder Bund noch Land ausgleichen würden. In NRW haben bereits 14 der 22 Großstädte bzw. kreisfreien Städte von Opt-Out-Regelungen Gebrauch gemacht.

Brigitte Erd & Timo Spors  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90 / Die Grünen

Ingrid Tews  
Sozialpolitische Sprecherin  
Bündnis 90 / Die Grünen

#### **Anlage/n**

Keine